GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 01.2008

Hier ist mehr drin:

Frühzeitige Förderung: Ideen gibt es viele, doch das Klima für GründerInnen muss besser werden: Mit Beratung, kleinen Bürgschaften und Gründerzentren. Edith Sitzmann auf Seite 3.

Flexible Ausbildung: Das Duale System ist überholt. „Trial“ macht die Berufsausbildung mit einem Baukastensystem zukunftsfähig, erläutert Siegfried Lehmann auf Seite 4.

Flächendeckende Strukturen: Regionale Wirtschaftsstrukturen brauchen ein angepasstes Bankensystem. Vor Bürokratie und Zentralismus warnt Eugen Schlachter auf Seite 5.

Fairer Preis: Nur ein gerechter Marktzugang aller Anbieter knackt die Herrschaft der Energiekonzerne. Denen müssen die Netze entzogen werden, fordert Rebecca Harms auf Seite 6.

Finanzierung inklusive: Planung, Bau und Betrieb von hocheffizienten Kraft-Wärme-Anlagen hat sich eine Firma aus Bietigheim aufs Panier geschrieben. Schwarze Zahlen mit grünen Ideen, beschrieben von Andrea Lindlohr auf Seite 7.

Grüne Marktwirtschaft – ökologisch und sozial

Von Daniel Mouratidis

In Zeiten des Klimawandels ist klar: Nur wer heute sparsam mit Energie, Rohstoffen und Flächen umgeht, kann auch morgen und übermorgen noch erfolgreich wirtschaften. Selbst Wirtschaftsbosse haben das erkannt: Bosch-Chef Franz Fehrenbach stellt fest, dass nur Unternehmen, die auf Nachhaltigkeit setzen, in Zukunft erfolgreich sein werden. Deshalb läuten wir Grüne den dringend notwendigen Paradigmenwechsel ein: Wir erweitern die soziale Marktwirtschaft um den ökologischen Faktor und setzen uns damit an die Spitze der wirtschaftlichen Modernisierung.

Ressourcen- und energieeffizientes Wirtschaften!

Grüne Marktwirtschaft hat das Ziel, Wirtschaftswachstum von Klima- und Umweltbelastung zu entkoppeln. Schon heute belasten steigende Preise für Energie und Rohstoffe den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Diese Tendenz wird durch Verknappung weiter zunehmen. Die Not-

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

wendigkeit, Energie und Rohstoffe in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen, verdeutlichen auch folgende Zahlen: Im produzierenden Gewerbe machen die Material- und Energiekosten fast 60 Prozent der Gesamtkosten aus. Besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen gibt es große Potentiale, Energie und damit auch Kosten einzusparen. Innovative, energieeffiziente Produkte und Verfahren werden zukünftig weltweit stärker nachgefragt werden. Damit bieten sich gerade für die baden-württembergische Wirtschaft neue Absatzmärkte und Wachstumschancen und so die Grundlage für die Jobs von morgen. Der von uns lange geforderte Ausbau der erneuerbaren Energien und die energetische Sanierung von Immobilien bescheren dem heimischen Handwerk neue Aufträge und eine stabile Zukunftsperspektive – auch für künftige Auszubildende. Ergebnis: Handwerk hat grünen Boden.

Fairer Wettbewerb für alle!

Grüne Marktwirtschaft setzt auf Markt, Wettbewerb und Unternehmertum. Allerdings sind Markt und Wettbewerb für uns Grüne Mittel zum Zweck und nicht – wie bei der FDP – Selbstzweck. Für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft braucht es staatliche Rahmenbedingungen, die klar, verlässlich und transparent sind. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen soll sich fairer und freier Wettbewerb entfalten können. Das befördert nicht nur die Qualität von Produkten und Dienstleistungen, sondern stärkt auch die Stellung der VerbraucherInnen. Deswegen ist der mündige und informierte Verbraucher für uns Grüne eine wichtige Voraussetzung für fairen Wettbewerb. Grüne Wirtschaftspolitik will zudem Selbstständigkeit und Existenzgründungen fördern. Diese dürfen nicht durch ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie behindert werden.

Grüne Marktwirtschaft ist sozial gerecht

Ziel Grüner Marktwirtschaft ist es, dass möglichst alle Menschen zu fairen Bedingungen am Arbeitsmarkt teilhaben und ihre Existenz selbst sichern können. Elementare Voraussetzung hierfür sind gleiche und gute Bildungschancen für alle. Dafür brauchen wir mehr Investitionen in bessere Bildung. Die Diskussion um den Mangel an Fachkräften zeigt: Ein solides Bildungsfundament ist nicht nur die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sondern auch die wichtigste Investition des Landes für eine erfolgreiche Wirtschaft. Ein Aufbruch in der Bildungspolitik nach Grünem Konzept ist wichtiger und dringender denn je.

Innovation ist nicht nur jung, männlich und deutsch

Für Innovation und Wachstum müssen die Berufs- und Karrierechancen von Frauen verbessert werden. Die Vereinbarkeit von Karriere und Familie ist eine Grundvoraussetzung dafür. Nur: Gerade bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist Baden-Württemberg nach wie vor Entwicklungsland. Ältere Beschäftigte in den Ruhestand abzuschieben und auf ihre Erfahrungen und Potentiale zu verzichten, kann sich unsere alternde Gesellschaft ebenso wenig leisten wie mangelnde Integration von Migrantinnen und Migranten. Als Exportweltmeister auf Abschottung zu setzen – das kann auf Dauer nicht funktionieren. Durch die restriktive Politik der CDU/FDP-Landesregierung bei Zuwanderung und Integration werden die Potentiale – gerade auch junger Menschen – verschenkt.

Daniel Mouratidis
ist Landesvorsitzender der
baden-württembergischen Grünen

Grünes Gründerländle

Von Edith Sitzmann

Alle sind sich einig: Damit unser Wirtschaftssystem in einer globalisierten Welt auch zukünftig Arbeitsplätze und damit Wohlstand schaffen kann, muss es innovativ sein. Aber woher kommen neue Ideen und wer setzt sie um? Grundvoraussetzungen sind ein gutes Bildungssystem und Menschen, die etwas unternehmen wollen. Gründerinnen und Gründer entwickeln Ideen, die von ihnen selbst oder von größeren Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen umgesetzt werden. Sie schaffen Perspektiven für sich und andere. Gerade im Bereich erneuerbare Energien und ressourcen- und klimaschonendes Wirtschaften gab es in den letzten Jahren viele neue Ideen, viele Gründungen und hunderttausende neuer Arbeitsplätze.

Baden-Württemberg hat im nationalen und europäischen Vergleich wenig Selbstständige und wenig GründerInnen. Das Klima für GründerInnen hat sich verschlechtert. In einer Grünen Marktwirtschaft gehört es zu den Aufgaben der öffentlichen Hand, den Wettbewerb zu stärken und Gründungen zu fördern.

Beratung

Existenzgründer können eine vom Land bezuschusste Beratung bekommen. RKW, EHV, VDGA, DEHOGA – das sind die Kürzel einiger Verbände und Institutionen, an die man sich wenden kann. Wir wollen mehr Qualität und Transparenz und ein neues, nachfrageorientiertes System. Statt einer Beratung, die an althergebrachten Berufsständen orientiert ist, wollen wir, dass sich Gründungswillige mit einem Beratungsgutschein des Landes das passende Angebot selbst aussuchen können. Das Land setzt dabei die Qualitätsstandards und sorgt für Transparenz.

Finanzierung

Gründer brauchen in der Regel Unterstützung beim Zugang zu Kapital. Sie haben eine neue Geschäftsidee, aber zu wenig Eigenkapital. Wir brauchen mehr geförderte Kleinstkredite und eigenkapitalfähige Produkte. Kleine Bürgschaften bis eine Million Euro wollen wir stärken und Bürgschaften über drei Millionen abschaffen. Die Programme der landeseigenen Förderbank, der L-Bank, wollen wir in diese Richtung weiter modernisieren. Staatliche Finanzierungshilfen sollten auf GründerInnen und kleine und mittelständische Unternehmen begrenzt sein.

Hochschulen

Hochschulen sind der Keim vieler, oft hochtechnologischer Gründungen. Mit einer guten Hochschullandschaft hat Baden-Württemberg beste Voraussetzungen. Aber ob es ein hochschulnahes Gründerzentrum gibt mit günstigen Mieten, guter Vernetzung und einem Ruf, der GründerInnen Türen öffnet, das überlässt das Land mehr oder weniger dem Zufall. In Zukunft muss es ein Gründerzentrum an jedem Hochschulstandort geben. Und für die Studieninhalte gilt: Nicht nur BWLer wollen etwas von Betriebswirtschaft verstehen, sondern auch Physiker oder Soziologen. Das sollen sie an ihrer Hochschule mit Wahlbausteinen lernen können.

Kultur der Selbstständigkeit

Damit Menschen etwas unternehmen wollen, brauchen wir eine neue Kultur der Selbstständigkeit. Unser Bildungssystem bereitet aber zu wenig auf Existenzgründung und Unternehmertum vor. Ziel Grüner Politik ist es, Jugendliche frühzeitig mit wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut zu machen. Fachliches Wissen und Erfahrungen aus der Arbeitswelt müssen deshalb zum Rüstzeug von Lehrenden gehören. Wir fordern ein verpflichtendes Betriebspraktikum für alle LehrerInnen während der Ausbildung, und der Kontakt zur Arbeitswelt muss eine Daueraufgabe bleiben.

Mit diesen grünen Vorschlägen wollen wir aus Baden-Württemberg ein echtes Gründerländle machen.

Edith Sitzmann
ist wirtschaftspolitische Sprecherin
der Grünen im Landtag

KURZ & GRÜN

UnternehmensGrün – eine starke ökologisch-marktwirtschaftliche Stimme

UnternehmensGrün e.V. wirkt – politisch und wirtschaftlich unabhängig – aktiv an der Realisierung einer umwelt- und zugleich sozialverträglichen Marktwirtschaft mit und erfüllt damit einen umweltschutzpolitischen Auftrag. Als Bundesverband der grünen Wirtschaft tritt UnternehmensGrün seit 1992 auf der Ebene von Politik und Wirtschaft für Rahmenbedingungen ein, die es Unternehmerinnen und Unternehmern erleichtern, im Einklang mit unseren ökologischen Lebensgrundlagen zu wirtschaften.

Mitglied von UnternehmensGrün können Unternehmen, Selbstständige und Führungskräfte werden. Außerdem sind Fördermitgliedschaften möglich. Diskussion und Erfahrungsaustausch gibt es auch in vier baden-württembergischen Regionalgruppen in Stuttgart, Oberschwaben, Nord- und Südbaden.
Infos unter:
www.unternehmensgruen.de

Gewerkschaftsgrün 2008

Gewerkschaftsgrün ist eine Vereinigung bündnisgrüner und der Partei nahestehender GewerkschafterInnen, die grüne Anliegen in die Gewerkschaft hinein kommuniziert und gewerkschaftliche Anliegen in grüne Entscheidungsprozesse einbringt. Ein aktuelles Schwerpunktthema ist der Mindestlohn. Im Land gibt es aktive Regionalgruppen. Infos, auch zur Jahrestagung vom 24. bis 26. Mai 2008 in Berlin, unter:
info@gewerkschaftsgruen.de.

Trial statt Dual

Von Siegfried Lehmann

In Baden-Württemberg wurden 2007 rund 80.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Vor 20 Jahren waren es noch über 100.000 Verträge. Nur 30 Prozent der Betriebe bilden überhaupt aus und fast jede fünfte Ausbildung wird vorzeitig abgebrochen. Mit über 74.500 Jugendlichen befinden sich fast genauso viele in Warteschleifen wie in der Ausbildung, und das Land gibt dafür auch noch jährlich 350 Millionen Euro aus. Eine Reform der Berufsausbildung ist mehr als überfällig. Wir brauchen aber nicht nur mehr Ausbildungsplätze. Die berufliche Ausbildung muss flexibler, attraktiver, effizienter und kostengünstiger werden. Dieses Ziel verfolgt das grüne Reformkonzept „Trial statt Dual“, mit dem jedem Jugendlichen eine anerkannte Berufsausbildung ermöglicht werden kann.

Dass die duale Berufsausbildung – also die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule – heutzutage versagt, ist nicht einfach den „ausbildungsunwilligen“ Betrieben anzulasten: Infolge der Spezialisierung können viele Betriebe gar nicht oder nur mit erheblichem Aufwand alles vermitteln, was zu einem Beruf gehört. Bei unserem Reformkonzept erfolgt deshalb die Berufsausbildung in anrechnungspflichtigen Ausbildungsmodulen innerhalb eines Ausbildungsberufes. Zertifizierte Teilqualifikationen ermöglichen ein individualisiertes Ausbildungskonzept. Sowohl der Wechsel zwischen unterschiedlichen Ausbildungsgängen als auch der Aufstieg von schwächeren Schülern, die lediglich Teilabschlüsse erworben haben, wird hierdurch möglich. Die Ausbildungsmodule werden unabhängig vom Ausbildungsort angerechnet.

Die „Dritten im Bunde“ sind neu einzurichtende überbetriebliche Einführungskurs-Zentren. Die Ausbildungskosten für die Betriebe werden dadurch deutlich gesenkt, und zusätzliche Ausbildungsplätze können so geschaffen werden. Die Einführungskurs-Zentren werden von den Kammern mit Hilfe der Berufsschule organisiert, die Finanzierung übernehmen Kammern, Land und Bund gemeinsam. Für den Staat ist das kostenneutral, denn die bisherigen „Warteschleifen“ (z.B. Berufsvorbereitungsjahr) entfallen. Das nun „triale“ System führt zu einer Gewinnsituation beim Betrieb, beim Land und bei den Jugendlichen, da bei geringeren Gesamtkosten mehr Ausbildungsplätze entstehen und die Berufsausbildung besser und flexibler wird.

Mit Berufsbildungs-Credits will das grüne Reformkonzept außerdem eine Nachfrage (und damit Wettbewerb) nach Angeboten beruflicher Ausbildungsmodule erzeugen. Stichwort Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit: Ausbildungsbegleitend soll auch die Fachhochschulreife erworben werden können.

Neben dem bildungspolitischen Leitsatz: „Kein Abschluss ohne Anschluss“ muss für die Berufsausbildung in Zukunft gelten: „Keine berufliche Ausbildung ohne anrechenbare Anerkennung“. Die vollzeitschulischen Bildungsgänge (z.B. BVJ, Berufskollegs) können bei unserem Modell einer modularisierten Berufsausbildung – mit voller Anerkennung der Ausbildungszeiten – integriert werden. „Warteschleifen“ ohne Abschluss gibt es nicht mehr – nur noch voll anerkannte Teile der Berufsausbildung.

Bereits in den Schulen müssen neben der Allgemeinbildung auch soziale Fähigkeiten trainiert und praktisches Handeln geübt und gefördert werden. Haupt- und Realschulen bereiten damit auf zukünftige Berufe vor („für das Leben lernen“) und erstellen durch Jugendberufshelfer individuell für jeden Schüler eine verbindliche Analyse seiner Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen.

Schon dadurch erhoffen wir uns, die Zahl der Abbrecher zu vermindern. Wo es dennoch zu Krisen kommt, können zentrale Anlaufstellen auf Kreisebene Ausbildungsabbrecher auffangen und auf einen Ausbildungsweg zurückführen.

Siegfried Lehmann
ist jugendpolitischer Sprecher
der Grünen im Landtag

Dezentral ist besser

Von Eugen Schlachter

Eine Volkswirtschaft kann nur gedeihen, wenn die Strukturen der Realwirtschaft – die die tatsächlichen Güter produziert – und die der Finanzwirtschaft zusammenpassen. Die deutsche Wirtschaft ist – besonders in Baden-Württemberg – dezentral und kleinteilig strukturiert. Diese Dezentralität des deutschen Mittelstandes erfordert eine dezentrale, flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen, die von ebenfalls dezentral aufgestellten, mittelständischen Banken angeboten werden.

Wenn wir eine Grüne Marktwirtschaft entwickeln wollen, so geht dies nur über regionale Wirtschaftskreisläufe, also dezentral. Denn Dezentralität ist das bessere Konzept. Zentralisierung verringert die Komplexität von Märkten nicht, sondern erhöht sie exponentiell. Dezentralität dagegen teilt sie. Dezentrale Strukturen ermöglichen allen wirtschaftlichen Akteuren, eigenverantwortlich zu handeln und geschäftspolitisch flexibel und schnell zu reagieren. Darum ist Eigenverantwortung die Quelle für Dynamik und Fortschritt.

Damit die Entwicklung einer Region nachhaltig ist, muss dauerhaft in diese Region investiert werden; es müssen Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Für die entsprechenden Investitionen braucht man Kapital. Wer das Sparaufkommen einer Region dort halten möchte oder neues Kapital dorthin lenken will, braucht flexible, leistungsfähige, regional ausgerichtete Banken, die den Interessen ihres regionalen Raumes verpflichtet sind.

Auf Grund ihrer genossenschaftlichen Kultur und ihrer Grundwerte sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine Gruppe, die auf dezentrales, eigenverantwortliches Unternehmertum setzt. Das gilt auch für die unter kommunaler Trägerschaft organisierten Sparkassen. Ihre Dezentralität gewährleistet, dass Wertschöpfung, die in der Region geschaffen wird, auch in der Region gespeichert bleibt. Zentralität dagegen führt zu Flucht von haftendem Eigenkapital und damit von eigenverantwortlichen Entscheidungsmöglichkeiten aus der Region in die Zentren. Und dies geht über die wirtschaftliche Dimension hinaus: Genossenschaftliche Banken und Banken in kommunaler Trägerschaft bewirken regionale Entscheidungsprozesse. Und regionale, demokratische Entscheidungsprozesse – und nicht Zentralismus – brauchen wir, damit die Bürger in einer Region ein vielfältiges Gemeinwesen organisieren können.

Damit regional aufgestellte Banken stark bleiben können, brauchen sie Luft zum Atmen, weniger Bürokratie, mehr Spielräume. Darum ist eine durchgreifende Reform des Kreditwesengesetzes (KWG) auf Bundesebene notwendig. Die Chance, bei der Umsetzung von Basel II, der internationalen Eigenkapitalvorschriften für Banken, in deutsches Recht das KWG zu entrümpeln – besser neu zu schreiben – wurde leider verpasst. Das einfache Draufsatteln der neuen Vorschriften führte zu einer Erhöhung der Bürokratie und machte den Weg frei zu noch mehr Überkontrolle durch die Bankenaufsicht.

Qualität in der Bankenaufsicht ist das Gebot der Stunde, nicht Quantität. Hierzu bedarf es aber weder neuer Vorschriften noch weiterer Prüfvollmachten für die Bankenaufsicht. Insbesondere während der rot-grünen Regierungszeit wurde damit eine falsche Staatsgläubigkeit genährt, die den regionalen Banken die Luft genommen hat. Bei anderen wurde hingegen nicht so genau hingeschaut: An den letztjährigen (Fast)Pleiten der IKB Industriebank und besonders der staatlichen Sachsen-LB, die mit dem Kauf minderwertiger Kreditforderungen das große Rad drehen wollten und sollten, lassen sich die Auswirkungen dieser Staatsgläubigkeit erkennen.

Eugen Schlachter ist finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag

KURZ & GRÜN

Für eine Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik

Der Landesvorstand der baden-württembergischen Grünen spricht sich dafür aus, die ALG-II-EmpfängerInnen künftig von den Kommunen aus einer Hand betreuen zu lassen. „Wir brauchen eine Arbeitsverwaltung, die nahe an den Problemen der Betroffenen ist, und keinen Rückfall in einen bürokratischen Zentralismus“, sagten die Landesvorsitzenden Petra Selg und Daniel Mouratidis. Die Südwest-Grünen reagieren mit ihrem Beschluss auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Ende des letzten Jahres die derzeitigen Arbeitsgemeinschaften (Argen) als verfassungswidrig erklärt hatte, da die Zusammenarbeit von Kommunen und Arbeitsagenturen eine unzulässige Mischverwaltung sei.

Beschluss des KV Schwäbisch Hall zu Bioenergie

Der Kreisverband Schwäbisch Hall hat ein Positionspapier zur Bioenergienutzung verabschiedet. Kernforderungen sind: Bei der Nutzung von Biomasse sollen Reststoffe gegenüber dem Neuanbau bevorzugt werden, um Bioenergie besonders effizient und umweltfreundlich zu erzeugen. Die Biomasse muss in nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft produziert werden. Außerdem soll jede Art der Biomasse so eingesetzt werden, dass sie ihren maximalen Wirkungsgrad erreicht.

Infos unter: www.kvsha.objects.net

Mehr Wettbewerb beim Strom

Von Rebecca Harms

In Europa ist der Energiesektor noch weit von einem funktionierenden Wettbewerb entfernt. Noch immer dominieren einige wenige Konzerne den Markt. Das geht zu Lasten der VerbraucherInnen, die unfaire, undurchschaubare und überhöhte Preise zahlen müssen. Und die etablierten Marktriesen können auf Kosten von Umwelt und VerbraucherInnen den Zugang neuer Anbieter und innovativer Technologien, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien zum Markt verhindern.

Seit langem fordern wir Grünen deshalb eine grundsätzliche Umstrukturierung des Energiesektors. Wir wollen, dass Netzbetrieb und Stromproduktion nicht mehr in einem Unternehmen vereint sein dürfen, sondern eigentumsrechtlich entflochten werden. Die Kompetenzen der Regulierungsbehörden müssen weiter gestärkt werden. Nur so kann fairer Wettbewerb und diskriminierungsfreier Zugang für alle zu den Übertragungsnetzen ermöglicht werden. Nur so kann die Dominanz der alten Monopolunternehmen gebrochen werden. Denn die Entflechtung würde neuen Anbietern und damit auch neuen, effizienten Technologien wie dezentralen Blockheizkraftwerken oder erneuerbaren Energien den Netzzugang erleichtern und ihnen so eine wirkliche Chance geben.

Jeder Versuch, einen echten Markt in diesem traditionell vom Wettbewerb ausgenommenen Sektor zu schaffen, stößt auf erbitterten Widerstand. Solange wenige große Energieversorger den Markt dominieren, werden sie alles daran setzen, die Preise hochzuhalten statt sie zu senken. Diese fest verankerten Strukturen zu überwinden, ist schwer – vor allem weil häufig der klare politische Wille zur Durchsetzung wirksamer Umstrukturierungen fehlt. Und nicht zuletzt behindern die oft sehr engen Bindungen zwischen Energiewirtschaft und Politik jede Reformbemühung.

Die Energiesektoren der Mitgliedsstaaten sind stark national ausgerichtet gewesen; Protektionismus in Politik und Wirtschaft sorgt dafür, dass bisher kein echter europaweiter Markt entstehen konnte. Bei der Elektrizitätsversorgung beispielsweise gibt es gravierende Engpässe bei den grenzüberschreitenden Leitungen.

Bekannt sind diese Probleme seit langem. Angegangen wurden sie schon Ende der 90er Jahre mit den ersten EU-Richtlinien zur Energiemarktliberalisierung. Aber trotz vollmundiger Ankündigungen, die Energiewirtschaft müsse wie alle anderen Teile des Europäischen Binnenmarkts frei von Wettbewerbsverzerrungen und monopolistischen Strukturen sein, hat sich viel zu wenig getan. Zwar sind kleine Erfolge zu verzeichnen – so wurden in allen Mitgliedsstaaten unabhängige Regulierungsbehörden eingesetzt, und in Deutschland sind beispielsweise die Netzentgelte deutlich gesunken, seitdem die Bundesnetzagentur ihre Arbeit aufgenommen hat. Doch die alteingesessenen Monopolisten sind sehr geschickt dabei, ihre Position zu wahren. Und die Politik ist dabei häufig nur allzu gern zu Diensten. Die schwarz-rote Bundesregierung und Frankreich haben das im vergangenen Sommer wieder bewiesen, als sie erfolgreich den Kommissionsvorschlag zum so genannten Unbundling, der eigentumsrechtlichen Entflechtung der Übertragungsnetze von der Stromerzeugung, verwässern konnten.

Nun sind EU-Parlament und Ministerrat gefragt, die Energiemarktliberalisierung auf den richtigen Weg zu bringen. Nationaler Protektionismus muss endlich einer Strategie für fairen und gerechten Marktzugang aller Anbieter weichen, und der Schutz nationaler Champions muss dem Schutz von Verbrauchern und Klima Platz machen.

Rebecca Harms
ist energiepolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Karikatur: Stuttmann

Grüne Marktwirtschaft: Ein Praxis-Beispiel

Von Andrea Lindlohr

Die KWA Contracting AG aus Bietigheim ist ein erfolgreicher Erneuerbare-Energien-Dienstleister. KWA – das steht für Kraftwärmeanlagen. Solche hocheffizienten Anlagen, die zugleich Wärme und Strom erzeugen, stehen ganz oben auf der Projektliste des Unternehmens: Blockheizkraftwerke, zum Beispiel in Schulzentren, innovative Holzheizkraftwerke zur Versorgung von Wohngebieten und einige Biogasanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung werden von der KWA betrieben. Auch zahlreiche Holzheizungen, zum Beispiel in Altenheimen, und einige Photovoltaik-Anlagen stehen auf der Referenzliste.

Die KWA übernimmt als Betreibergesellschaft die Planung, die (Vor-)Finanzierung, den Bau und den Betrieb der Anlagen. Das Betriebsrisiko bleibt bei der KWA. Der Auftraggeber geht dafür einen langfristigen Vertrag über die Energielieferung ein. Kommunen können so auch mit geringen eigenen Investitionen zu einer modernisierten Energieversorgung ihrer Gebäude kommen, die ökonomische und ökologische Vorteile verbindet. Die KWA gewinnt zur Finanzierung neue Anteilseigner ihrer AG oder Kommanditisten einer Beteiligungsgesellschaft und bewirbt dies als lohnende ökologische Geldanlage.

Entstanden ist die KWA aus dem Ingenieur-Büro des heutigen Aufsichtsratsmitgliedes Wolfgang Schuler, der Blockheizkraftwerke plante. „Er hat im Markt beobachtet, dass die Energieversorgungsunternehmen immer umfassendere Dienstleistungen anbieten und er als Planer auch in dieses Geschäft einsteigen sollte“, berichtet Anton Lutz, einer der beiden heutigen Vorstände, aus der Firmengeschichte. 1993 wurde die KWA als GmbH gegründet, 2001 in eine Aktiengesellschaft überführt. Der gute Kontakt zu vielen Kommunen war das wichtigste Startkapital. Im letzten Jahr machte das Unternehmen mit zehn Mitarbeitern 15 Millionen Euro Umsatz. Größere Stadtwerke oder die ganz großen Energieversorger sind die Konkurrenten des kleinen Mittelständlers. Womit kann die KWA im Wettbewerb punkten? Anton Lutz: „Wir sind schneller und flexibler. Vielleicht haben wir auch geringere Renditeerwartungen als andere Anbieter und sind deshalb schon mal günstiger.“

Viele Rahmenbedingungen hierzulande sind aus Sicht des Unternehmens in Ordnung. Auf das Steuersystem hat die KWA sich mit ihrer Firmenstruktur eingestellt, qualifizierte Mitarbeiter hat das Unternehmen bisher immer gefunden. „Man soll auch nicht so viel jammern“, meint Lutz. Entscheidend für die KWA ist es, wie die aktuell geplanten Novellierungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) und des KWK-Gesetzes ausfallen werden.

„Wärme wird heute auch in Kraftwerken, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden, häufig nicht genutzt. Es kann aber nicht angehen, dass Holzkraftwerke nur 20 Prozent der eingesetzten Brennstoffenergie nutzen und dank der günstigen Konditionen des EEG für den Holzbrennstoff mehr bezahlen können als reine Holzheizwerke, die auf einen Nutzungsgrad von über 80 Prozent kommen. Deshalb muss die weitgehende Nutzung der anfallenden Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung zur Pflicht werden“, meint Lutz. Reine Heizwerke, die trotz ihrer Effizienz keine dem EEG vergleichbare Unterstützung bekommen, tun sich laut Lutz im Wettbewerb auf dem Holzbrennstoffmarkt mittlerweile schwer.

Zur Zeit baut KWA ein großes Holzheizkraftwerk in Hamburg. Rund 70 Millionen Kilowattstunden Wärme und 13 Millionen Kilowattstunden Strom werden aus naturbelassenem Holz aus dem Wald oder der Landschaftspflege erzeugt. Die Wärme kann in einem bestehenden Fernwärmenetz fast vollständig genutzt werden. Als ihre Perspektive sieht die KWA, weitere derartige Projekt auch mit großen Industriebetrieben oder Stadtwerken umzusetzen.

Andrea Lindlohr ist Mitglied der Grüne Blätter-Redaktion und des Parteirats der Landes-Grünen.

KURZ & GRÜN

Beteiligungshaushalt in Freiburg

Im grünen Freiburg werden die BürgerInnen am nächsten Haushaltsplan beteiligt. Eine repräsentative Umfrage hat es bereits gegeben, demnächst wird ein Haushaltsrechner ins Netz gestellt, Infobusse werden die Stadtteile besuchen. Im Juni werden alle interessierten BürgerInnen in einer Stadtkonferenz abschließend darüber beraten können, was ihnen für den Haushalt am wichtigsten ist. Anschließend werden ihre Empfehlungen dem Gemeinderat übergeben.

Trauer um Ehrenvorsitzende Dr. Salome Haeberle

Die Grünen im Kreis Sigmaringen trauern um ihre Ehrenvorsitzende. Sie verstarb am 29. Dezember 2007 im Alter von 92 Jahren. Salome war 1979 Gründungsmitglied des Grünen Kreisverbands, sie hat immer leidenschaftlich für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit gekämpft. Nach mehreren Jahren als aktives Vorstandsmitglied war sie unsere Ehrenvorsitzende. Sie hat etliche Wahlkämpfe mit uns bestritten, zuletzt hatte sie 2004 als älteste Bewerberin für den Kreistag kandidiert. Auch über 90jährig hat sie an unseren Versammlungen teilgenommen, sich eingemischt mit ihrem Rat, den wir immer sehr geschätzt haben. Wir danken ihr und werden sie nicht vergessen.

Mannheimer Grüne kämpfen gegen neues Kohlekraftwerk

E.ON, EnBW und die MVV planen in Mannheim einen riesigen neuen Kohlekraftwerksblock. SPD, CDU und Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) unterstützen den Bau. Sie versuchen sogar, den Neubau als ökologische Notwendigkeit zu verkaufen. Die Mannheimer Grünen setzen alles daran, die BürgerInnen über diese unverschämte Unwahrheit und die negativen Auswirkungen des Kohlekraftwerks aufzuklären und den Neubau zu verhindern.

Doku zum Grünen Biomasse-Kongress

Die Debatte um die Bioenergie bewegt die Gemüter. Das hat der Biomasse-Kongress der baden-württembergischen Grünen deutlich gemacht: Über 70 TeilnehmerInnen diskutierten am 26. Januar in Stuttgart die Frage: Biomasse – Klimaretter oder Strohfeuer? Eine Dokumentation findet Ihr unter: **www.gruene-bw.de**

Termine

15. März 2008
Grünes Kreisvorständetreffen, Walhalla, Karlsruhe.
Infos: www.gruene-bw.de

19. April 2008
Entwicklungspolitischer Ratschlag der LAG Internationales zum Thema Biomasse, Kulturzentrum Merlin, Stuttgart.
Infos: www.gruene-bw.de

5. April 2008
Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen, Jerusalemkirche, Berlin.
Infos: www.gruene.de

21.-30. April 2008
Bundesweite Grüne Klimaschutzaktionstage

23. April 2008
Das neue Unterhaltsrecht: Das Ende der Versorgungsehe, die keine (mehr) war, Turmforum Hauptbahnhof, Stuttgart.
Infos: www.boell-bw.de

25./26. April 2008
Seminar FrauenMachtPolitik zur Bundestagswahl, Stiftung Geißstraße 7, Stuttgart.
Infos: www.gruene-bw.de

28. Mai 2008
Generation 68ff – die 68er und die Moderne, Deutsch-Amerikanisches-Institut, Heidelberg,
Infos: www.boell-bw.de

30./31. Mai 2008
Seminar FrauenMachtPolitik zur Europawahl, Stiftung Geißstraße 7, Stuttgart.
Infos: www.gruene-bw.de

31. Mai 2008
Seminar für künftige LDK-PräsidentInnen, Grüne Landesgeschäftsstelle, Stuttgart.
Infos: www.gruene-bw.de

4. Juni 2008
Vom Tomatenwurf zum Pop-Feminismus – Zur gesellschaftlichen Kraft der Frauenbewegung, Deutsch-Amerikanisches-Institut, Heidelberg,
Infos: www.boell-bw.de

14. Juni 2008
Landesauschuss der baden-württembergischen Grünen, Filharmonie, Filderstadt.
Infos: www.gruene-bw.de

27./28. Juni 2008
Seminar FrauenMachtPolitik zur Kommunalwahl, Stiftung Geißstraße 7, Stuttgart.
Infos: www.gruene-bw.de

Impressum:

Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen
Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Druck
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Exemplare)

Layout&Satz
gerhard@fontagnier.de

Redaktion
Dr. Silke Argo, Tilo Berner, Philip Eberhardt, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr, Wolfgang Schmitt, Nele Schönau, Wolfgang Schreiner, Eva Maria Vögtle

Fotos
Seite 1: M. Baumann/adpic.de
Seite 2: acilo/istockphoto.com
Seite 4: D. Schneider/adpic.de